

Barackensiedlung am Dransdorfer Weg in Bonn: Nur unerhebliche Abfälle...

## „DER KLASSENKAMPF IST NICHT ZU ENDE“

Rolf Hochhuth über die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik

Nächste Woche erscheint das Rowohlt-Taschenbuch „Plädoyer für eine neue Regierung“, mit dem 25 deutsche Autoren auf ihre Weise in den Bundestagswahlkampf eingreifen (SPIEGEL 19/1965). Dramatiker Rolf Hochhuth hat den temperamentvollsten Beitrag geliefert. Der „Stellvertreter“-Autor, der ein

Stück „Der Arbeitgeber“ plant, polemisiert gegen die bisherige deutsche Sozialpolitik und propagiert den IG-Metall-Chef Otto Brenner als neuen Sozialminister für Bonn. Für den Vorabdruck im SPIEGEL hat Hochhuth seinen Taschenbuch-Text etwas gekürzt, andererseits aber noch ergänzt.

Ich habe als einfacher Arbeiter angefangen. Ich kann heute noch nicht sehen, wenn mein Chauffeur ein anderes Essen hat als ich. Aber was Sie unter Sozialismus verstehen, das ist einfach krasser Marxismus. Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale, und wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen... Sehen Sie, der Besitzer einer Fabrik ist doch von der Arbeitskraft und dem Arbeitswillen seiner Arbeiter abhängig, wenn die streiken, dann ist sein sogenannter Besitz völlig wertlos. Außerdem aber, mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil am Besitz oder gar an der Leitung? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und Macht das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit sich an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie ein Recht zu führen. Sie sollen nun einen unfähigen Regierungsrat oder einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden lassen, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.

Adolf Hitler im Mai 1930 zu Otto Strasser.

Eigentumsbildung der Nichtunternehmer oder... der Haushalte ist nicht möglich auf Kosten des Verbrauchs dieser Kreise, sondern nur zu Lasten der Unternehmergewinne.

Professor Oswald von Nell-Breuning SJ im Jahre 1958.

souci“. Wer an ihnen vorüberfährt — aber taktvollerweise sind die Gettos fast stets weitab von Autostraßen „beheimatet“, sind oft so gut getarnt wie früher die Flakstellungen, aus deren Mannschaftsunterkünften sie nicht selten hervorgingen —, wer sie dennoch wahrnimmt, die Baracken, etwa anlässlich einer Treibjagd, der fühlt sich, so er etwas fühlt, zu der Feststellung veranlaßt, Asoziale gebe es halt selbst in Deutschland noch — oder wieder. Wieder. „Denn das muß man ja den Nazis lassen, für Ordnung haben sie gesorgt,

nicht wahr. Halbstarke wurden im RAD geschliffen. Und asoziale Elemente — nun, man wünscht sich keine KZs zurück, aber auf Asoziale stieß man jedenfalls nicht, wenn man damals Rebhühner schoß...“

Die Klage des Nimrod, eines Herrn der schweren Industrie gegenüber seinem Büchsenspanner, dem Grafen Sundso, der dem Konzern den Wald verkaufen und die Jagd dem Habenichtsvon Kreisarzt aufkündigen mußte, der sie dreißig Jahre lang gepachtet hatte, solange er finanziell noch mitkam, der Doktor — diese Klage des Industriellen darf nicht als Kritik an Bonn verstanden werden, Gott bewahre. Denn Bonn ist nicht nur der Industrie, Bonn ist auch gegenüber dem Waidmann (er muß allerdings identisch sein mit dem Industriellen) viel aufgeschlossener als die Nazis. Die hatten zwar auch ein Herz für das „deutsche“ Wild, weil ja der Reichsmarschall... Aber Gesetze wie Bonn sie ratifizierte und die — zum Beispiel — der AEG und Mannesmann gestatten, jährlich siebzig- bis achtzigtausend Mark allein für Wildschaden von der Steuer abzuschreiben, weil ja die Jagd — wer könnte daran zweifeln — nicht zum Privatvergnügen gekauft oder gepachtet wurde, sondern nur um Geschäftsbesuchern etwas bieten zu können, solche Gesetze haben die verdammten Nazis nicht begünstigt. Sie waren eben doch Verbrecher...

Die Hamburger „Welt“, keine ausgesprochen kommunistische Zeitung, berichtete im Mai 1964 mit vielen ekelergregenden Details über das Bonner Elendsquartier am Dransdorfer Weg. Fast ein Jahr später ging ihr Bericht-



Sozialkritiker Hochhuth  
... im Brackwasser Babylonien?

Selbst in Bonn, der Residenz jenes Staates, dem Kanzler Erhard öffentlich nachsagt, er habe ihn dank seiner sogenannten sozialen Marktwirtschaft von allen Proletariern gesäubert, gibt es am Dransdorfer Weg ein Großfamilien-Getto. Hier heißt es „das graue Lager“. An den Müllrändern der anderen westdeutschen Städte haben die Baracken andere Namen, etwa „Sans-



**FERIEN  
EN  
VOGUE  
FERIEN  
IN  
MAROKKO**



**Gerade in Marokko können Sie wirklich Ferien machen: weiter Strand, gute Straßen, üppige Naturschönheiten, einzigartige Volksbräuche.**

3 STUNDEN VON EUROPA  
3.000 STUNDEN SONNE IM JAHR  
Office National Marocain du Tourisme  
Bahnstrasse 40. Tel. 103.95 Dusseldorf  
B.P. 19 Rabat Marokko

J. Zekker

HAVAS MAROC

erstatte Albert Müller wieder ins Getto. Hatte sich dort etwas geändert?

Oh, die Stadtverwaltung Bonn hatte einhundertfünfzigtausend Mark investiert, um die grauen Baracken gelb zu streichen und um sie winterfest zu machen. Die Wände waren jetzt geflickt und mit Glaswolle isoliert, sogar die Klos waren fast zugänglich: früher war eines für je sechs kinderreiche Familien da, heute müssen nur mehr vier Familien das gleiche aufsuchen... (Zur Renovierung der Baracken waren die Handwerker erst bereit, als ihnen die ständige Anwesenheit von Spezialisten für Ungeziefervertilgung garantiert worden war.) Aber ein großer Fortschritt war doch erzielt: dreiundzwanzig Familien mit zusammen fünfzig Kindern hatten das Getto verlassen und umsiedeln dürfen. Sie wohnen jetzt, die Arrivierten, in Notunterkünften aus Stein statt aus Holz, und jede Familie hatte einen Kellerplatz.

Freilich, die kinderreichen Eltern (hier dreiundvierzig Familien, einhundertfünfundsiebzig Kinder) müssen weiter

daß „nur“ zwei Prozent der Westdeutschen in solchen Gettos wohnen. Aber 1932, nach Jahren umfassendster Arbeitslosigkeit, war nur ein Prozent obdachlos. Ob ein Parlamentarier wie Gerstenmaier, da er doch Christ sogar von Beruf ist, und in Bonn Regierungsneubauten plant, auf denen fast eine Milliarde verputzt werden soll, ein solches rheinisches Getto schon einmal betreten hat? Kurt Schumachers letztes Wort, unmittelbar vor seinem Tod notiert, war die Feststellung, das Schlimmste, was unserem Volk in der Spaltung Deutschlands zugestoßen sei, hätten nicht die Alliierten ihm angetan. Das Schlimmste sei die parteipolitische Demagogie im praktischen Leben, hier auf Erden, zu unterscheiden zwischen Christen und Marxisten.

Einige Zahlen: nur acht Konzerne kontrollierten schon 1958 wieder vier Fünftel der westdeutschen Roheisenproduktion, drei Viertel der Stahlproduktion und ein Drittel der Kohleförderung. Bereits damals beherrschten Alfried Krupp und seine Manager wie-



Camping, Fernsehen, Reihenhäuser in Westdeutschland: Die Besitzlosen

in den Baracken bleiben. Immerhin, auch für sie hat es Luft gegeben. Zwar schlafen die Kinder noch immer zwei- und dreistöckig übereinander in den niedrigen Hütten, aber sie müssen nicht mehr zusehen, wie Geschwister gezeugt werden, die Eltern schlafen nicht mehr im gleichen Raum: auf eine elfköpfige Familie kommen jetzt zwei Räume, zweiundvierzig Quadratmeter Wohnfläche. Diese Untergebrachten werden noch benedigt von den Menschen im nahe gelegenen „Depot“ oder „Belgierlager“, wo einige kleinere Baracken einundsiebzig Familien mit dreihundertzehn Kindern „fassen“ müssen.

Die „Welt“ versichert, in rheinisch-westfälischen Städten — also im reichsten Landstrich nicht nur Deutschlands, sondern Europas, wahrscheinlich der Erde — stiege die Zahl der als obdachlos gemeldeten Personen jährlich um 13 Prozent. Wer weiß, was Neubauwohnungen kosten, der glaubt das. In Köln, wo die Stadtverwaltung bekanntermaßen soziales Gewissen hat, gibt es trotzdem jährlich einen absoluten Zuwachs von tausend Obdachlosen. Eine Stadt von der Größe Mannheims wäre in dem Land, dessen Kanzler dank seiner Regierungs-Geschäftigkeit keinen Proletariern mehr begegnet, vollauf mit Obdachlosen der Gettos zu besetzen.

Sind diese Abfälle im Brackwasser Babyoniens unerheblich? Zugegeben,

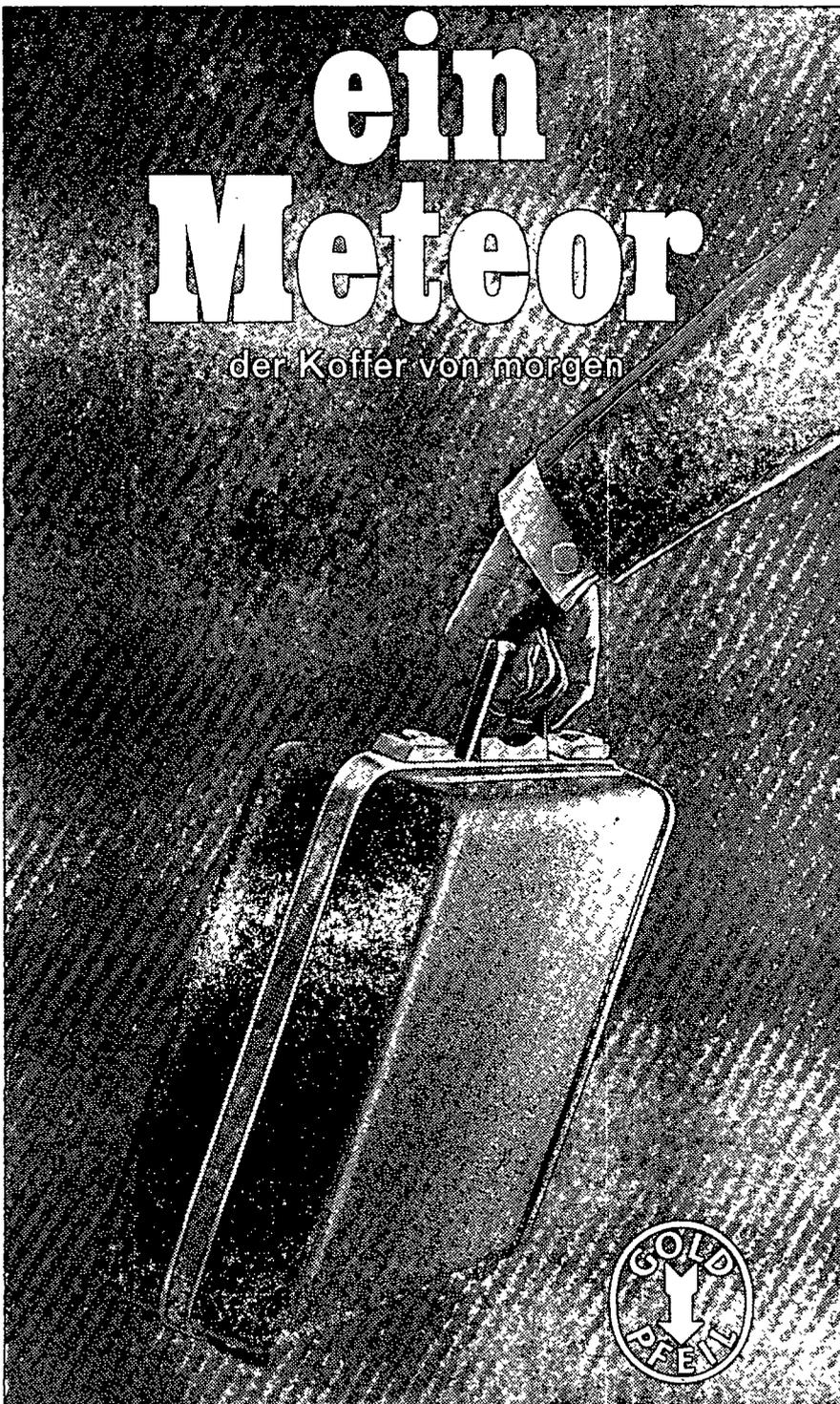
der vierundneunzigtausend Arbeiter und Angestellte, ohne daß an der Konzernspitze das Mitbestimmungsrecht praktiziert wurde. Die nach seinem Kriegsverbrecherprozeß von Krupp eingegangene Verpflichtung, binnen weniger Jahre seinen Konzern zu entflechten, wurde nicht erfüllt. Der Siemens-Konzern — auch Siemens hatte ein Werk in Auschwitz, mit weiblichen Häftlingen — beschäftigte zwölf Jahre nach Kriegschluß hundertfünfzigtausend Arbeiter und Angestellte und beherrschte weitgehend mit sehr wenigen anderen Giganten wie AEG, Bosch, BBC und Philips den Elektromarkt. Im deutschen Automobilbau wurden 1957 siebzig Prozent — heute sind es viel mehr — der gesamten Produktion von drei Firmen bestritten. Das von Flick kontrollierte Daimler-Benz-Werk konnte sich inzwischen die Auto-Union noch einverleiben.

Auf achtundfünfzig Westdeutsche kam 1959 ein einziger vermöglicher: Zwar gab es 1953 eine halbe Million Privatpersonen mit einem versteuerbaren Vermögen von 41,4 Milliarden Mark. Innerhalb dieser Gruppe waren es aber wiederum nur zwei Prozent, denen die bedeutenden Vermögen gehören. Heute drehen höchstens noch zweitausendfünfhundert Bundesbürger (und ihre Zahl verringert sich schnell) kraft ihres Besitzes oder ihrer Kommandogewalt über



# ein Meteor

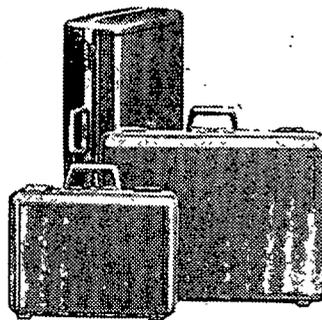
der Koffer von morgen



Reisen Sie schon heute damit. Ob Sie fliegen, mit der Bahn oder mit dem Wagen fahren. Beweisen Sie, daß Sie Sinn für alles Neue, alles Zeitgemäße haben. Besonders, wenn sich Zweck und Form so ideal verbinden wie hier. Wie bei diesem Koffer, der so durchdacht modern ist, daß so bald nichts unmodern daran werden kann.

Meteor-Koffer gibt es in verschiedenen Größen in den Farben »anthrazit« und »pergament« von DM 132,- bis DM 178,- (unverbindliche Richtpreise).

Vollplastische, durchgefärbte Schalen — daher unverwüstlich. Präzisions-Kippschlösser — daher sicher. Reiche Innenausstattung — daher praktisch. Erhältlich in allen Fachgeschäften mit dem Gold-Pfeil-Zeichen.



*Meteor*

**Reisen Sie heute mit dem Koffer von morgen**

zum Schaden der Schwächeren praktiziert haben. Wer aber schützt den einzelnen Angestellten oder Arbeiter, der sich als Person den Giganten so anonym verkaufen muß, wie die unter sich die Aktien verkaufen? Die gefürchteten Reden Otto Brenners, viele konzipiert von dem Katholiken Dr. Werner Thönnessen, dem heute fünfunddreißigjährigen Sohn eines Industriellen und Präsidenten des Arbeitgeberverbandes des Saarlandes, machen keinen Hehl aus der Erfahrung dieses Gewerkschaftsführers, daß in Deutschland die Demokratie an den Toren der Großbetriebe endet. Daher fordert Brenner die (bezahlte) Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, fordert eine Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf alle Betriebe mit mehr als zwanzigtausend Arbeitnehmern und fordert eine dem Einzelegoismus des Unternehmers übergeordnete Gesamtplanung der Volkswirtschaft zur Verhinderung von Katastrophen wie jenen der Jahre 1929 bis 1932. Damit verknüpft ist, wie Brenner hofft, auch die Abwehr der politischen Diktatur.

Vor genau achtzig Jahren schrieb Nietzsche: „Damit der Besitz fürderhin mehr Vertrauen einflöße und moralischer werde, halte man alle Arbeitswege zum kleinen Vermögen offen, aber verhindere die mühelose, die plötzliche Bereicherung; man ziehe alle Zweige... welche der Anhäufung großer Vermögen günstig sind... aus den Händen der Privaten und Privatgesellschaften — und betrachte ebenso die Zuviel- wie die Nicht-Besitzer als gemeingefährliche Wesen.“ Und: „Die Demokratie will möglichst vielen *Unabhängigkeit* schaffen und verbürgen, Unabhängigkeit der Meinungen, der Lebensart und des Erwerbs. Dazu hat sie nötig, sowohl den Besitzlosen als den eigentlichen Reichen das politische Stimmrecht abzuspochen: als den zwei *unerlaubten* Menschenklassen, an deren Beseitigung sie arbeiten muß, weil diese ihre Aufgabe immer wieder in Frage stellen.“

Nicht weniger unbedingt wurde das von der CDU selbst formuliert in ihrem Programm von Ahlen aus dem Jahre 1947, das sie dann Punkt nach Punkt verraten hat. Heute sagt man dem Besitzlosen nach, er sei *nicht* mehr gemeingefährlich — und nicht einmal unsere Besitzlosen selber merken, daß dies die schändlichste Beleidigung ist, die man ihnen anhängen kann. Ein Unternehmer würde sich mit Recht verbitten, für harmlos gehalten zu werden, für demütigt und fernlenkbar. Daß jene, die, ungehindert von den Übervorteilten, seit Jahren ihre industriellen Hausmächte aufbauen, die narkotisierende Parole versprühen, unsere Gesellschaft sei klassenlos geworden, das hat seine Logik. Daß die Deklassierten es *glauben*, nur weil sie inzwischen auf Raten einen Kühlschrank kaufen konnten, ist würdelos. Psychologen sagen vom Löwen im Zoo, er sei so zufrieden, sein Futter risikolos zu erhalten, daß er die Unfreiheit gar nicht empfinde. Das mögen Schulkinder glauben. Es heißt aber dem Arbeiter, da der ja noch nicht wieder hinter Gittern sitzt, sondern durchaus beißen könnte, nicht einmal mehr die Würde eines gefangenen Löwen zuzugestehen, sondern ihn nur verachten wie einen in Freiheit nutzbaren Esel, wenn man in der momentanen Friedfertigkeit der weitaus meisten schon die Garantie sieht, daß er auf ewig zu träge und stumpf geworden



Großunternehmer Krupp, Springer, Flick, Neckermann, Oetker: „Das böse Wort Sozialpartnerschaft ...“

sei, um — wie in Großbritannien — den Klassenkampf auch seinerseits wieder aufzunehmen. Denn die Unternehmer in Deutschland haben ihn niemals abgebrochen; sie haben deshalb mit Recht gesiegt!

Sofort nach dem Krieg zerstörten sie das humane Ahlener Programm der CDU; sie brachten den Roßtäuschertrick fertig, Erhards Währungsreform den dadurch total Verarmten unter dem Anschein erträglich zu machen, auch Herr Krupp habe, wie jeder Postbote und Friseur, mit nichts als vierzig Mark in der Tasche wieder von vorn beginnen müssen; sie beseitigten 1954 das Gesetz, welches bis dahin die Konzerne verpflichtete, wenigstens an einem Teil der zu ihrer Expansion der Steuer bereiten Riesen-Investitions-Summen die Mitarbeiter zu beteiligen; die Großen konnten ihre Werke wegen der — meist schnell behobenen — Bombenschäden als derart wertlos „abschreiben“, daß sie nur geringen Lastenausgleich bezahlen mußten, während der verarmte Althaus-Besitzer, der zehn Jahre lang die Miete trotz steigender Reparaturkosten nicht erhöhen durfte, diesen Lastenausgleich kaum aufbringen konnte; die Unternehmer verhinderten nicht nur die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts, sondern wiesen das Parlament an, Tricks zu seiner Einschränkung zu legalisieren; und neuerdings ist selbst die sozialdemokratische Landesregierung von Hessen bereit, ihre Verfassung zu brechen, nur um Herrn Flick zwecks Abrundung seines 1946 entflochtenen Konzerns die Hessische Berghütte in Wetzlar zurückzugeben — das weitaus interessanteste Werk, das damals sozialisiert wurde.

Diese Beispiele ließen sich vermehren. Es genügt eine Zahl: siebzehn Jahre nach Beginn von Erhards vergoldetem Zeitalter besitzen sechsundsiebzig Prozent der Westdeutschen überhaupt kein Vermögen, das der Steuer auch nur gemeldet werden mußte. Das ist folgerichtig. Und die Verarmung ist progressiv, wie eine „Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung“ durch Professor Föhl, kürzlich angestellt im Namen der Bundesregierung, ergeben hat; da von kleinen bis mittleren Einkommen nichts erspart werden kann, während ein sehr bedeutender Teil der großen Verdienste kontinuierlich zurückgelegt wird, fällt stets die Masse des jeweils neugeschaffenen „Volks“-vermögens wieder jenen zu, die bereits besitzen. Inzwischen klettern — zum Beispiel — Land- und Baupreise so affenschnell, daß selbst Sparer höherer Einkommensklassen ihre Bauverträge nicht realisieren können; hatten sie sich

unter Entbehrungen bemüht, für ein Haus und damit auf krisensicheren Besitz hin zu sparen, so müssen sie jetzt darauf verzichten, das hundert Mark auf hundert Mark gelegte Geld zu verbauen und somit wertbeständig anzulegen. Wieder sinkt die Zahl jener, die früher den „Mittelstand“ bildeten.

Im Gegensatz zur Weimarer enthält die Bonner Verfassung keinerlei Vorschriften über die Wirtschafts- und Sozialordnung. Zwei Basler Juristen, die Professoren Stratenwerth und Vischer, erörterten kürzlich die Unentbehrlichkeit einer bis heute nicht geschaffenen Wirtschafts-Verfassung, zum Schutze der Demokratie. Denn vor ihren weitaus gefährlichsten Gegnern, den Interessenverbänden der Großindustrie und Springers Presse-Trust, steht sie machtlos.

Eine Diplomarbeit (Walter Wellner) an der Hochschule für Politische Wissenschaften in München untersuchte den Anteil der Abgeordneten, die als Vertreter nicht der Wähler, sondern der Verbände im Bundestag arbeiten. Ergebnis: die Arbeitnehmer-Organisationen werden durch die CDU/CSU von 26 Abgeordneten, durch die FDP von keinem, in der SPD von 29 Parlamentariern repräsentiert. Hingegen haben die Arbeitgeber- und Bauernverbände in der SPD-Fraktion 3 Repräsentanten, in der FDP 17 und in der CDU/CSU 31 Interessen-Sprecher — und weitaus mächtigere. Mit anderen Worten: die

wirtschaftlichen Anliegen von nur sieben Prozent der Bevölkerung, von den Arbeitgebern, werden also von einundfünfzig, die von den übrigen dreiundachtzig Prozent von nur fünfundfünfzig Abgeordneten wahrgenommen. War nicht, damit verglichen, das Drei-Klassen-Wahlrecht ehrlicher?

Wer gut ißt, der gut schläft — wie aber, wenn auch bei uns die Millionen in den Städten, die nicht einmal einen Kartoffelacker ihr eigen nennen, eines Tages nicht mehr satt werden, weil Automation und andere Ursachen, von denen wir heute noch nicht träumen und wissen, zu umfassender Arbeitslosigkeit führen? Wie schnell kann sie kommen. Hätten denn die Amerikaner während der späten Lebensjahre des großen sozialen Millionärs Franklin Roosevelt gehäht, schon so bald ein solches Ausmaß an Armut und Arbeitslosigkeit verkraften zu müssen? Immerhin liegen dort bereits fünf Millionen Arbeitsfähige brach, und mehr als ein Fünftel aller Bewohner dieser reichsten Republik lebt konstant „unterhalb der Armutsgrenze“.

Es ist aktuelle Schönrederei, wenn etwa der Franzose Raymond Aron die augenblicklich in den blühenden Ländern des Westens geglückte Dressur des Arbeiters zum handzahnigen Haustier in den Produktionsstätten seiner Ausbeuter schon als Dauerzustand verklärt, als ewiges Einverständnis der Überverteliten mit der gegenwärtigen Gesellschafts- und Vermögensstruktur. Schon ein Blick auf unsere Verfassung wie auf unsere kongruenten Parteiprogramme enthüllt als Illusion die Hoffnung der katholischen Soziallehre wie aller Gewerkschaften, außer der IG Metall: den Traum, kampflos falle dem Arbeiter und Angestellten mit steigenden Löhnen ein Anteil an haltbaren materiellen Werten zu, an Produktionsmitteln und Häusern und Grund. Im Gegenteil: man verführt ihn mit staatlicher Unterstützung raffiniert zum noch abhängiger machenden Konsum, so daß der SPIEGEL kürzlich berichten konnte: „Nordhoff (Volkswagenwerk), Siemens und die AEG sind an höheren Löhnen — bei den anderen — interessiert.“

Sie wissen, was davon für sie abfällt.

So wird Georg Lebers Unterschrift unter den sinnleer gewordenen Vertrag zur Vermögensbildung der Arbeiter, dieser Namenszug, der vermutlich zum erneuten Wahlsieg der zwei Unternehmer-Parteien im Herbst erheblich beitragen wird, später oder bald als verteuertes Verhängnis beurteilt werden, als das „München“ der deutschen Arbeiterklasse, während unsere letzten Sozialisten, die heute in Ehren scheitern, Männer wie Wolfgang Abendroth und Otto



Gewerkschaftler Brenner\* ... ist eine Schlaftablette“

\* SPIEGEL-Titel 45/1968.

Brenner und Pater von Nell-Breuning als ebenso tragische wie wegweisende Erscheinungen in der Geschichte des Klassenkampfes verzeichnet bleiben.

Diese Geschichte ist nicht zu Ende. Läßt auch der melancholisch stimmende Anblick des gegenwärtigen Pantoffel-Proletariats zwischen seinen Sofakissen gegenüber der Fernsehtruhe die Vermutung zu, er sei für immer gezähmt — mit neuer Not wird er erwachen. Dann freilich hat er es schwer, sich sein Recht zu holen — hat es viel schwerer dann, als er es heute hätte, da man ihm nicht mit Entlassung drohen kann, sondern ihn braucht, da man jeden einzelnen von ihnen, jede Hand benötigt zur Aufrechterhaltung der Hochkonjunktur. Jetzt, in diesen Jahren müßte er sich die Mitbestimmung erstreiken und seinen Anteil am Eigentum. Wenn erst weltweite Depressionen Betriebe stilllegen, wird er es teuer bezahlen müssen, daß er heute nichts tut als schuften und schlafen. Wie kann er ausgerechnet von seinen Brotherrn — auch so ein Wort, guckt ihnen auf die Wörter, nicht auf die Finger, da seht ihr nichts! —, wie kann er von denen ausgerechnet verlangen, sie rückten irgend etwas freiwillig heraus? Wie kommt er überhaupt dazu, der Arbeitnehmer; zu erwarten, daß ihm kampfflos zufällt, wofür sein Vater alle Risiken eingehen, streiken, ja hungern und im Gefängnis sitzen mußte? Glaubt er das deshalb, weil die Propagandisten der Arbeitgeber, die viel Geld haben, ihm das erzählen?

„Sozialpartnerschaft“, dies böseste Wort ist eine Schlaf-tablette, in jedem Betrieb gratis verteilt, die den fleißigen, brauchbaren Habenichtsin den Traum vom sozialen Frieden entrücken soll, währenddessen die reichen Asozialen die totale Macht ergreifung vollziehen.

Nur der Michel, nur der Deutsche samt jenen Professoren der Sozialwissenschaft, die ihm einreden, es gebe in der spätkapitalistischen Massengesellschaft keine sozialen, keine prinzipiellen Spannungen, keine politische Freiheit und Alternativen mehr, ja die Personen selber seien nichts mehr als „Bestandteile der Maschinerie“ (Adorno) — nur der Deutsche sieht nicht, daß dieser Traum zum Alptraum wird. Denn er hat nicht erfaßt, daß Burckhardts vielzitierte Erfahrung, „nun ist die Macht an sich böse, gleichviel, wer sie ausübt“, mindestens so sehr als Warnung vor dem innenpolitischen wie vor dem außenpolitischen Gegner gedacht ist. Erstens erkennt man den ausländischen, den Feind in Waffen leichter als den nur wirtschaftlichen im eigenen Land, der aber doch, was oft übersehen wird, von einer bestimmten Größenordnung an immer auch ein politischer Gegner ist. Friede mit Nachbarstaaten ist problematisch, Friede im Inneren des Landes ist trügerisch schlechthin, ist immer Täuschung. Denn weil die Mächte

im eigenen Land fast stets unblutig und subkutan sich erweitern, ja meist ohne einen offenen Anschlag auf die Verfassung, so expandieren sie unentwegt: Dagegen ist nichts einzuwenden, dieser Kampf ist Demokratie — oder er wäre es, würde er nicht, wie bei uns heute, nur noch von einer Mächtigkeitsgruppe, von jener der Truste, praktiziert, während der Michel von Ausgleich und Partnerschaft träumt, wie ihm geheißen.

Abendroth bestätigt: In Skandinavien ist der Gegensatz zwischen den sozialistischen Linksparteien, den sozialdemokratischen Regierungsparteien und den bürgerlichen Rechtsparteien so groß wie vor Jahrzehnten. Es gibt also objektiv durchaus die Möglichkeit, dem konformistischen Trend der spätkapitalistischen Gesellschaft politisch entgegenzuwirken.

Einseitig geführt wie seit Jahren, muß der Klassenkampf die deutsche Demo-



Streik in Westdeutschland: Dressur des Arbeiters geglückt

kratie zerstören. Wenn aber endlich auch der Arbeiter und Angestellte ihn wiederaufnahme, wenn er seinen Gegner annähme, statt zu kapitulieren, so würde er damit nicht nur sich selber verteidigen, sondern die Freiheit für alle. Wann endlich wird er sich auf diese oberste Pflicht gegenüber der Nation wieder besinnen?

Im Gegensatz zum „Volkskanzler“ weiß Otto Brenner, daß es in der Bundesrepublik Deutschland heute wie gestern Proletarier gibt — weiß das einfach deshalb, weil ihm bekannt ist, was Proletarier von alters her heißt. Und jeder, der das weiß — auch Professor Erhard könnte es im Lexikon nachschlagen —, der weiß auch, daß Besitzlose in der Bundesrepublik nicht eine Minderheit sind, sondern bei weitem die Mehrheit des Volkes, nämlich mit geringen Ausnahmen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, die nichts besitzen als ihre Gesundheit, ihren Arbeitsplatz und vielleicht noch ein Sparkonto, das günstigenfalls für einen Ferientaufenthalt der Familie ausreicht, aber schon nicht mehr dann, wenn eine Zahnbehandlung oder die Anschaffung einer Waschmaschine nötig sind.

Dagegen hat Besitz, wer wenigstens eine Zeit dank Ersparnissen oder Miet-

einnahmen oder Grundstücken oder Anteilen an Produktionsmitteln unabhängig ist, frei von dem Zwang, dem Arbeitgeber um jeden Lohn aus der Hand fressen oder bei langer Krankheit hungern zu müssen. Die Public-Relations-Lügen der westdeutschen Marktwirtschaft basieren auf dem Prinzip, dem Bürger Konsumgüter unter dem Vorwand anzudrehen, er sei wohlhabender mit einem Fernsehapparat. In Wahrheit spekuliert die Industrie darauf, daß der Dumme von der Straße oft weit über seine Vernunft und Finanzen seine ganzen Einnahmen und mehr zum Verbrauch verschwendet und dadurch außerstande bleibt, jemals „Realitätenbesitzer“ zu werden, wie das früher ebenso lustig wie anschaulich hieß. Gewiß, seit zwei Jahren keine Erhard-Rede mehr ohne „Maßhalten“. Und wer seine Groschen auf Sparkonten langfristig festlegt, der bekommt seit einiger Zeit sogar so hohen Zinssatz, daß der jährliche Wertschwund der D-Mark dadurch aufgefangen wird.

Zu Vermögen aber kommt er nie.

Otto Brenner verwirft schon die Vokabel „Vermögensbildung“ angesichts der Beträge, um die es sich handelt, als zynisch. Sie ist es. Vom ganzen Georg-Leber-Plan, der nunmehr selbst von jenen Parteien, die ihn im Bundestag um den Effekt gebracht haben, dem unorientierten Volk als Wahlschlager angedreht werden kann, nämlich als Beispiel dafür, daß Bonn auch an die Arbeitnehmer denke — blieben sage und schreibe eintausendzweihundertundneunzig Mark und dreiundachtzig Pfennig, die der Arbeiter, einschließlich des Arbeitgeberanteils, in vollen fünf Jahren erspart!

Zwanzig Mark für den Monat — „Vermögen“?

Es ist nicht einmal ein Notgroschen, es ist die Hundesteuer der besseren Leute. Wer behauptet, damit sei dem Arbeiter Vermögen gegeben, der enthüllt, welche menschenfresserische Haltung er gegenüber dem Arbeiter einnimmt. Und es ehrt Otto Brenner, daß er sich von solchen feinen „Absprachen“ mit Arbeitgebern scharf distanziert. Georg Leber aber hat so kurz vor der Wahl den Feinden der Arbeiter mit seiner Unterschrift unter einen solchen Vertrag ein unbezahlbares Propaganda-Stichwort geschenkt. Der Bonner Chephraseologe Erhard, unter dessen Schild gewaltigere Vermögen in den Händen sehr weniger aufgehäuft werden durften als jemals in so kurzer Zeit im wilhelminischen Deutschland, und dies, während die Mehrzahl der Deutschen so abgebrannt beginnen mußte, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg — Herr Erhard brachte hinsichtlich des Leber-Planes den Zynismus auf, im Parlament zu tönen: „Die Bundesregierung lehnt die Konzentration massenhaften Vermögens in der Verfügung weniger oder in kollektiv verwalteten Fonds ab.“ Zum erstenmal, seit er ein Amt hat, lag ihm — scheinbar — die Freiheit des Arbeitnehmers am Herzen: „Der Arbeitnehmer soll nicht Eigentümer minderen Rechts werden.“

Ob das nicht besser wäre, als gar kein Eigentümer zu sein?

Als habe nicht Erhard persönlich mit der Währungsreform ihn zum Menschen minderen Rechts gemacht — als er es einrichtete, daß zum Beispiel der Vollwaise, die im Krieg Eltern und Elternhaus verloren hatte, auch noch das Letzte genommen wurde, das geerbte

Sparbuch: unbarmherzig abgewertet wie die Sparbücher der Herren Necker- und Mannesmann, die außer ihren Sparbüchern, auf denen sie vermutlich zum Zeitpunkt der Währungsreform klugerweise überhaupt nichts mehr hatten, noch einen Konzern besaßen und Sachwerte in Millionen- oder Milliardengröße. Hier fing die Deklassierung des Mittelstandes an. Aber mit Allzweck-Redensarten verdächtigte der Volkskanzler die von Leber geplante „langfristige Bindung dieser Mittel“ — nämlich Errichtung eines Fonds, der, aus Zuschlägen zum Lohn und aus Ersparnissen der Arbeitnehmer gebildet, diese Gelder mehren und verwalten sollte, bis der Sparer Invalide oder Rentner geworden ist.

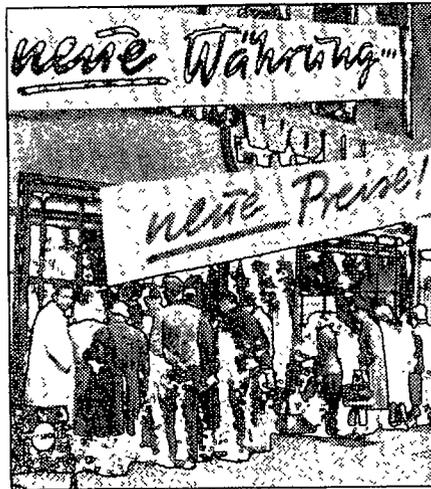
Tatsächlich ist der Arbeiter selbst nicht fähig, sein Geld allein „arbeiten“ zu lassen — wegen Geringfügigkeit des eigenen Betrages, über den er nunmehr nach fünf Jahren „frei“ verfügen darf. So frei, daß es nicht einmal zum Kauf eines Schrebergartens reicht, viel weniger noch zur Anschaffung des Bauplatzes für das aller kleinste Reihenhüttchen.

Ein Beispiel: zweiundzwanzig Bauarbeiter müßten ihre in fünf Jahren ersparten „Vermögen“ zusammenlegen, um heute, 1965, in München ein Einzimmer-Appartement ohne „Luxusausführung“ kaufen zu können, knapp 21 qm. Weniger Anteil an dem, was sie durch ihre Hände aufbauten, können auch die Sklaven nicht gehabt haben, die vor dreieinhalb Jahrtausenden die Pyramiden Ägyptens hochschufteten mußten.

Karl Jaspers hat vor über dreißig Jahren in seiner Philosophie Eigentum als unentbehrlich für „das Weltsein des Menschen“ erklärt. „Der Raum für Existenz ist erst zu schaffen: ich will herrschen, wo ich nicht in existentieller Kommunikation leben kann, weil Herrschaft notwendig ist zur Daseinserweiterung, in der Existenz sich verwirklichen soll... Selbstsein braucht und will einen Daseinsraum, in dem ihm die Verfügungsmacht zusteht über Dinge als über das, was nicht der Mensch ist. Diese Verfügungsmacht ist Eigentum... Es ist das Pathos im Eigentum, daß es die Daseinswirklichkeit des Selbstseins ermöglicht... Dadurch ist Plan und Sinn des Lebens auf eine begrenzte Dauer möglich.“

Wegen der freilich unvermeidbaren „Ungerechtigkeit in der Ordnung des Ganzen“ ist „auch mit dem Eigentum die Schuld verbunden“. Jedoch: „Der Anspruch aber der Objektivität des Eigentums ist, zu ihm nicht nur im ursprünglichen Bewußtsein eigenen Daseins sich zu verhalten, sondern es dem Sinne dienen zu lassen, der für Existenz der einzige ist: die höchste Möglichkeit des Menschen hervorzubringen.“

Nur Eigentum, nur Verantwortung schützen den Menschen vor dem alles lähmenden und ihn vor sich selbst entwürdigenden Gefühl, jede seiner Leistungen sei völlig ir-



Währungsreform 1948  
Der Trick, Herr Krupp und der Friseur

relevant für die lebenbestimmenden Mächte Politik und Wirtschaft. Unerträglich wird das Leben, wo der einzelne sich für auswechselbar wie einen Autoreifen halten muß. Auch davor schützt ihn — wenigstens teil- und zeitweise — Besitz, wenn er durch Mitwirken bei geschäftlicher Arbeit erworben wurde. Denn hat auch — nach Jaspers — die Geschäftswelt „nicht die Würde der politischen Führung“, so eine andere: „Der Mensch lebt durch sie in einer Objektivität, welche gegenwärtig stets die partikuläre Bestimmtheit eines sachkundigen Tuns für diesen Tag fordert.“ So wird sein Schicksal identisch mit dem Schicksal des Ganzen.

Nicht der Philosoph, auch nicht der Gewerkschafter, die im Eigentum die Grundlage eines für beide Partner sinnvollen Bündnisses zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft sehen, sondern die Arbeitgeberverbände und ihr „Industriekurier“ betreiben — ohne es zu merken — fleißig und erfolgversprechend in Westdeutschland die Geschäfte der deutsch-stalinistischen „Einheitspartei“, die dem einzelnen im Osten alles Eigentum an den Produktionsmitteln entwendet hat. Ob die SED oder ob unsere Hochfinanz durch immer radikalere Zusammenziehung des Nationalvermögens (reden wir nicht mehr von Volksvermögen: Dem Volk gehört nennenswertes Vermögen in der sowjetisierten Ostzone so wenig wie in der ameri-

kanisierten Westzone Deutschlands) — ob staatliche oder private Konzernherren den Arbeitern und Angestellten den Mitbesitz verweigern: das macht keinen Unterschied für den einzelnen Rechtslosen, weil Besitzlosen.

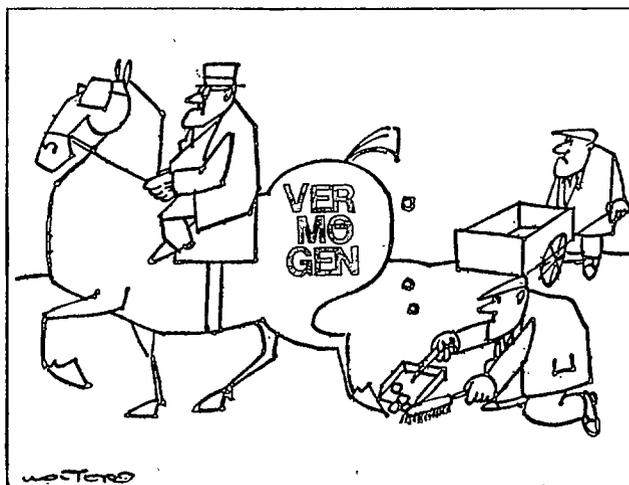
Ein betagter Kommunist, der es vorzieht, in West-Berlin zu leben, weil er ein toleranter Mann ist (und auch weil er findet, es gäbe im Westen genug zu tun, gerade für ihn), sagte einmal, als von der Übernahme der Kasseler Henschel-Werke durch einen Stahlkonzern die Rede war, er begrüße sehr diese Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft, die Zusammenballung fast aller Werte zu Riesenvermögen in den Händen von immer weniger. Das begrüße er, denn das erleichtere doch dem Staat, wenn auch im Westen mit einer Wirtschaftskatastrophe seine Stunde gekommen sei, ganz wesentlich die Übernahme der Werke in seinen Besitz. „Wir brauchen dann nicht das ganze Volk zu enteignen und gegen uns aufzubringen, denn das Volk besitzt ja nichts, sondern nur noch die tausend Leute des Rhein-Ruhr-Clubs, denen alles gehört.“

Das sagte er lachend — und tatsächlich hat ein Kommunist berechtigten Anlaß, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Westdeutschland amüsiert zu verfolgen. Wer wenig hat, verteidigt das wenige ebenso brutal wie der Reiche seinen Schatz. Anteil an den Produktionsmitteln in Händen von Millionen würde die Deutschen tatsächlich, wie Lenin einmal geseufzt haben soll, für den Kommunismus so ungeeignet machen wie eine Kuh zum Reiten.

Aber das begreifen nicht die von Erhards und von Gottes Gnaden privilegierten westdeutschen Standesherrn, die niemals an Deutschland dachten — im Gegensatz zu den Aristokraten früherer Zeiten, deren Nachkommen sich am 20. Juli 1944 für Deutschland opferten. Unser Geld-„Adel“, vergessen wir ihm das nicht, finanzierte selbst noch einem Landfremden schon deshalb die Errichtung der Diktatur, weil der ihm die Abschaffung des lästigen Parlamentarismus und Umsatzsteigerungen versprach. Damals verkauften dieselben Leute dem Hitler die Macht, die heute anderen Ausländern ohne jede Kontrolle bedeutende Teile des Volksvermögens verkaufen.

Und der „Industriekurier“ verbreitet dann derart groteske Verzerrungen der Wahrheit, daß nicht einmal mehr demagogische Qualitäten solchen Behauptungen ankleben: „Die dreihundertundzwölf Mark, die der Arbeitnehmer auf diese Weise bekommt“, schreibt das Blatt, „tauscht er ein gegen ein Stück Freiheit, das für alle Zeiten verlorengeht... Hier wird kein Gegengewicht gegen den Kommunismus geschaffen, sondern hier wird ihm auf halbem Wege entgegengekommen.“

Wer geht ihm entgegen? Leber und seine Arbeiter — oder unsere Großindustriellen, die längst das wesentliche Wirtschaftspostulat des Zentralkomitees von Ulbrichts SED auch zu dem ihren gemacht haben: daß Produktionsmittel nicht als Eigentum möglichst vieler zu streuen, sondern daß sie zu konzentrieren seien, in der Verfügungsgewalt weniger Machthaber. Ob nun diese Machthaber der SED angehören oder der FDP: der Besitzlose, der ihre Maschine zu



Vorwärts

SPD-Karikatur: „Auf jeden fällt was ab“

bedienen hat, verspürt keinen Unterschied.

Im Jahr 1963 betrug das Monatseinkommen aller Arbeitnehmer im Schnitt netto 539 Mark, die Hälfte verdiente mehr als 800 Mark brutto, nur knapp ein Fünftel brachte es auf 1000 Mark brutto oder mehr. Spricht es angesichts dieser Zahlen gegen den Sparwillen der Arbeitnehmer, wenn vierzig Prozent aller deutschen Haushalte überhaupt kein Sparbuch besitzen? Erst im Herbst 1964 entdeckte Bonn, daß siebzig Prozent der deutschen Sparbücher dreihundert Mark oder weniger als Guthaben ausweisen — während auf achthunderttausend Konten vierzig Prozent aller Gelder liegen. In den USA besitzen zwei Prozent der Bürger ein Drittel des gesamten „Volks“-Vermögens. Die Vermögenskonzentration in Westdeutschland: allein an „Haushaltsvermögen“ wurden in der Zeit von 1950 bis 1959 von den „Selbständigen“, denen natürlich auch die Kapitalgesellschaften zum weitaus größten Teil noch gehören, zweiundsiebzig Prozent der Gesamtsumme gebildet, obwohl nur siebzehn Prozent aller Haushalte den Selbständi-



Gewerkschafter Leber  
Durch 20 Mark pro Monat ...

gen zuzurechnen sind. Und von diesen zweiundsiebzig Prozent liegt wiederum — darüber darf kein Zweifel aufkommen — der Löwenanteil in den Pranken ganz weniger Großverdiener, während unzählige Arbeitgeber oder sogenannte Unternehmer heute wirtschaftlich ebenso wie ihre Angestellten und Arbeiter in der Furcht der kleinen Fische leben, die von den großen gefressen werden.

Arbeitgeber ist ja auch der von der Zeit längst überrundete Handwerksmeister, der oft schon heute weniger gesichert dasteht als ein Metallarbeiter. Denn für ihn sorgt kein Otto Brenner. „Selbständige“ — darunter fallen auch Architekten, Rechtsanwälte, alte Ärzte, Gastwirte, Ladenbesitzer, Friseure, Buchhändler, Fotografen, ja verarmte Fabrikanten oder Grossisten etwa der Lebensmittelbranche, in der so miserabel verdient wird, daß seit 1948 in Westdeutschland keine neue Großhandlung gegründet wurde. Sie alle sind gewiß außerstande, aus eigener Kraft zur Vermögensbildung ihrer Angestellten und Arbeiter beizutragen, sie bilden selber oft kein Vermögen, das ihr Alter

sichern könnte. Sie sind vielmehr auch bedroht von Erhards Wirtschafts-„Ordnung“, unabhängig von der Tatsache, daß ihrer viele borniert geholfen haben und noch immer helfen, dieses System aufzurichten, das sie zur Strecke bringen wird. Oder schon zur Strecke gebracht hat — wie manchen kleinen Textilfabrikanten, der in den vergangenen vier Jahren von einem Konzern geschluckt oder totgedrückt wurde. Aber die Angehörigen des ehemaligen deutschen Mittelstandes, die wirtschaftlich mehr oder weniger alle auf Treibsand stehen, hatten ja schon vor Hitler eine ungewöhnliche Begabung, sich ihren Metzger auszusuchen. Viele von ihnen haben noch 1961 die FDP gewählt — eine Partei, deren Vorsitzender nach der Bundestagswahl in einer Rede im Saargebiet ehrlich zugab, Krupp, Kaufhaus-Herten und noch ein Dritter dieser Giganten hätten hauptsächlich seine Wahl-Mobilmachung bezahlt.

Was ist von diesen Leuten, die nunmehr sechzehn Jahre demonstrieren durften, wie sie über Besitzverteilung denken, in Zukunft zu erwarten? Im November 1964 mußte Kanzler Erhard sich vom Präsidenten des 79. Deutschen Katholikentages, von seinem Kabinettskollegen Lücke, sagen lassen: „Wir stehen gegen die Kirchen, wenn wir das nicht machen“ — nämlich Minister Bianks nunmehr zweiten Gesetzentwurf zur Förderung der Vermögensbildung von Arbeitnehmern akzeptieren. Die FDP sagte wieder einstimmig nein. Erhard aber nahm an. Sein Bundeschatzminister sagte sogar, die Eigentumsgarantie unseres Grundgesetzes schließe das Recht auf Eigentum ein. Sieht es also nicht hoffnungsvoll aus?

Nein. Wenn schon heute, da man doch immerhin auf einige Wählerzettel auch aus Arbeiter-Hand in diesen Kreisen noch spekuliert, der „Industriekurier“ dem Doktor honoris causa Franz-Josef Strauß vorhält: „Herr Strauß, meinen Sie nicht, daß der linke Flügel der CDU in seiner Wirtschaftspolitik die SPD noch übertrifft... die Bekundungen von Herrn Katzer sprechen dafür“ — wenn ein solcher Vorwurf schon vor Tische so frei erhoben wird, was bleibt dann wohl, wenn unsere Kabinettspächter abermals vier Jahre der Hochfinanz dienen?

Was wird von der pathetisch behandelten Frage der Vermögensbildung der Besitzlosen bleiben, wenn schon jetzt dem Arbeiter der Zukunft, wie Leber ihn sich vorstellte, sämtliche Zähne ausgeschlagen wurden, mit denen er ein Stückchen Fleisch vom Tisch seines Brotherrn hatte festhalten sollen? Immerhin hatte Leber errechnet und erhofft, wenigstens seinen Bauarbeitern bei Antritt des Rentenalters ein Kapital von 42 000 Mark auszahlen zu können, denn die Ersparnisse des Arbeiters und die Zuschüsse hatten doch in dem treuhänderisch verwalteten Investmentfonds vermögensbildend hecken sollen. Das alles wurde nun torpediert, wurde verdächtigt, zerredet — ja der Volkskanzler schämte sich nicht, dem Parlament weiszumachen, dieses Vorhaben degradiere den Arbeiter (der bis heute überhaupt kein Recht auf Kapital hat) zu einem „Eigentümer minderen Rechts“. So blieb nichts als die erwähnten zwölfhundert und etliche Mark, die nun zur Beruhigung der Großkapitalisten und ihrer Diener im Bundestag alle fünf Jahre den Arbeitern ausgehändigt werden und dadurch größtenteils doch wieder in den Kon-

sum und in die Tresore jener Wirtschaftsregenten zurückrollen sollen, die der katholische Theologe Professor Wallraff am 26. März 1965 im deutschen Fernsehen, ohne zu übertreiben, unsere neuen Feudalherren genannt hat.

Mag man sich scheuen, die Besitzlosen fernerhin Proletarier zu nennen, weil ihrer viele, solange sie gesund und beschäftigt sind, sich dazu verführen ließen, zum Segen ihrer Ausbeuter, als Konsumprasser sonntags ihren Opel auszuführen, den sie zwar bezahlen, sich aber nicht leisten können — mit der Zahl derer, die kein krisenfestes Vermögen sammeln, wächst die Gefährdung der Freiheit.

Aber die „Herren“ sehen das nicht. Sie haben niemals an das Land gedacht, an die Nation. Nicht heute und nicht damals, als sie — Geschäft bleibt Geschäft — U-Boote und Granaten der gleichen Macht an die eigene Marine wie an die französische und russische verkauften. Ihnen ist die Industrie schon der ganze Zweck. Nicht die Wirtschaft, der Verwirtschafete ist ihnen nur ein Mittel — und sogar eines, dessen „Teuerung“ sie jetzt so sehr be-



Philosoph Jaspers  
... ein Raum für Existenz?

klagen, daß sie den Menschen, der immer „anspruchsvoller“ wird (während sie selber mit Düsenflugzeug und Hochseejacht unendlich bescheiden leben), möglichst der zwar auch nicht billigen, aber doch niemals streikenden Maschine opfern. Wieder war es Otto Brenner, der die von den Propagandisten der Arbeitgeberverbände stets verharmloste Gefahr der Automation in den bundesdeutschen Horizont gerückt hat. Binnen fünf Jahren, so ließ Brenner errechnen, von 1958 bis 1963, wurden allein in Westdeutschland durch die Automation dreihundertzehntausend Arbeitsplätze beseitigt. Vielleicht muß man das so machen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Und nicht, daß die Industrie hilflos vor diesem unerhört schwierigen Problem steht, ist ein Skandal. Sondern daß sie es leichtfertig abtut.

Ein-Vorstandsmitglied des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, ein Mann, der die Industriellen sehr lange beobachtet hatte, ja, der sich gesellschaftlich und als Mitarbeiter ihnen zurechnen mußte, der Schwiegersohn des Groß-



## Wie kommt der Bommerlunder zu seinem Namen?

Sie können seine Wiege heute noch besuchen. In Bommerlund-nördlich von Flensburg. Hier wurde er zum erstenmal hergestellt - der große Klare aus dem Norden - der große Klare aus Bommerlund. Und darum heißt der Bommerlunder »Bommerlunder«.



Sein Rezept ist 205 Jahre alt.  
Ist das ein gutes Zeichen?

Ganz bestimmt! Denn auch im Norden wußte man immer mit den Genüssen umzugehen. Im hohen Norden gab es



Immer schön einen guten Bissen und dazu einen herzhaften Schluck.

**Wann trinkt man eigentlich Bommerlunder?**

Wenn's um den Genuß geht: Also zum guten Bier und zum guten Essen.

Beim Bier vorweg - beim Essen davor, als Anregung - und danach, zur wohltuenden Bekömmlichkeit.

Nur noch ein Tip: Trinken Sie ihn gut gekühlt. So wenige Grade über Null! Dann hat er die Temperatur, mit der er besonders sympathisch schmeckt.



Der große Klare aus dem Norden

**BOMMERLUNDER**  
herzhaft - würzig  
so unverkennbar

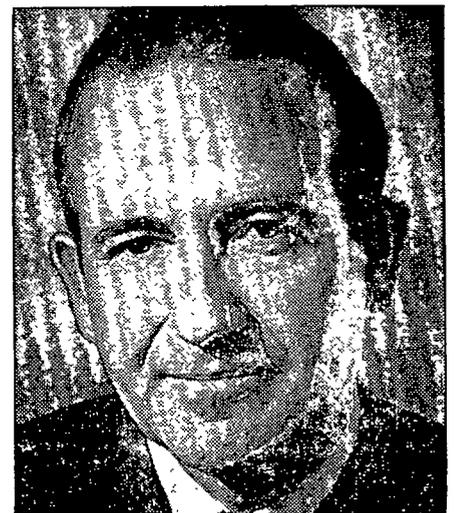
DM 9,60. Für Berlin Sonderpreis.

admirals von Tirpitz, der Botschafter a. D. Ulrich von Hassell, kein Kommunist, sondern konservativ, nach dem 20. Juli 1944 von Hitler gehängt, er notierte 1941, nach einer Inspektion des Ruhrgebiets: „Stimmung nicht schlecht, viel Heil Hitler, insofern... typisch Industrie, die politisch immer gleich unfähig ist und als einzigen wirklichen Thermometer das Geldverdienen kennt.“

Als diese Leute Heil Hitler riefen, war Otto Brenner zwar nicht mehr in Haft, aber doch, wie stets seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis, unter Aufsicht der Gestapo. Er erzählt aus dieser Zeit nicht von selbst, man muß ihn nachdrücklich fragen. Dann sagt er, als begreife er das noch immer nicht: „Man wundert sich nur, daß man damals lebend davonkam.“

Das wird mancher noch heute den Nazis nicht verzeihen, daß sie Brenner lebend herausgaben, zum Beispiel - aber nur ein Beispiel - die Stalinisten, denen er am 1. Mai 1964 in einer Rundfunkrede gesagt hat: „Im östlichen Teil Deutschlands wurde auf den Spitzen sowjetischer Bajonette der sogenannte Erste Arbeiter- und Bauernstaat errichtet, in dem nur diejenigen Freiheit genießen, die sich den Befehlen der allmächtigen Staatspartei vorbehaltlos unterwerfen. Die große Tradition der deutschen Arbeiterbewegung hat man mißbraucht und geschändet, um die sowjetischen Interessen zu tarnen... hier in der Bundesrepublik dürfen wir kämpfen; wir dürfen für Forderungen eintreten, deren bloßes Aussprechen im andern Teil Deutschlands schon unter Strafe steht...“

Und doch ist um Otto Brenner, der mit 13 Jahren Mitglied der Arbeiterjugend der SPD wurde, jetzt ein Schatten von Resignation, die den „stets unauffällig gekleideten Teetrinker“ (SPIEGEL) noch sympathischer macht. Ein guter Mensch - diese fast unaussprechliche und in der politischen Arena nur noch Lächeln provozierende altmodische Bezeichnung: sie entspricht dem letzten wie dem ersten Eindruck einer Begegnung mit Brenner. Und wie tröstlich, daß in dieser Welt einmal ein Guter zugleich mächtig ist. Daß einer hart ist, der Herz hat. Naiv moralisch wie ein Satz aus der Bergpredigt ist Brenners Impetus. Aber er weiß auch, wer seine Gegner sind. Das ermutigt.



Fabrikant Spindler  
Arbeiter am Besitz beteiligt

Im Herbst 1963 erhob der SPIEGEL in einem Gespräch mit Brenner den Vorwurf, „daß eine aggressive Gewerkschaft wie die IG Metall von den für sie interessantesten Zahlen so gut wie gar keinen Gebrauch macht. Warum hört man von Ihnen nicht: Ein Metallfacharbeiter verdient ganze 450 bis 550 Mark netto im Monat, und wenn der Mann eine Frau und Kinder hat, ist das zu wenig?“

Brenners Antwort bewies, daß er im Gegensatz zu seinen Feinden und auch zu den Bauernverbänden keinen Gruppenegoismus fördert, der den Metallarbeitern auf Kosten Ärmterer Vorteile verschaffen könnte, wie es ihm gerade damals mit vehementer Demagogie vorgeworfen wurde.

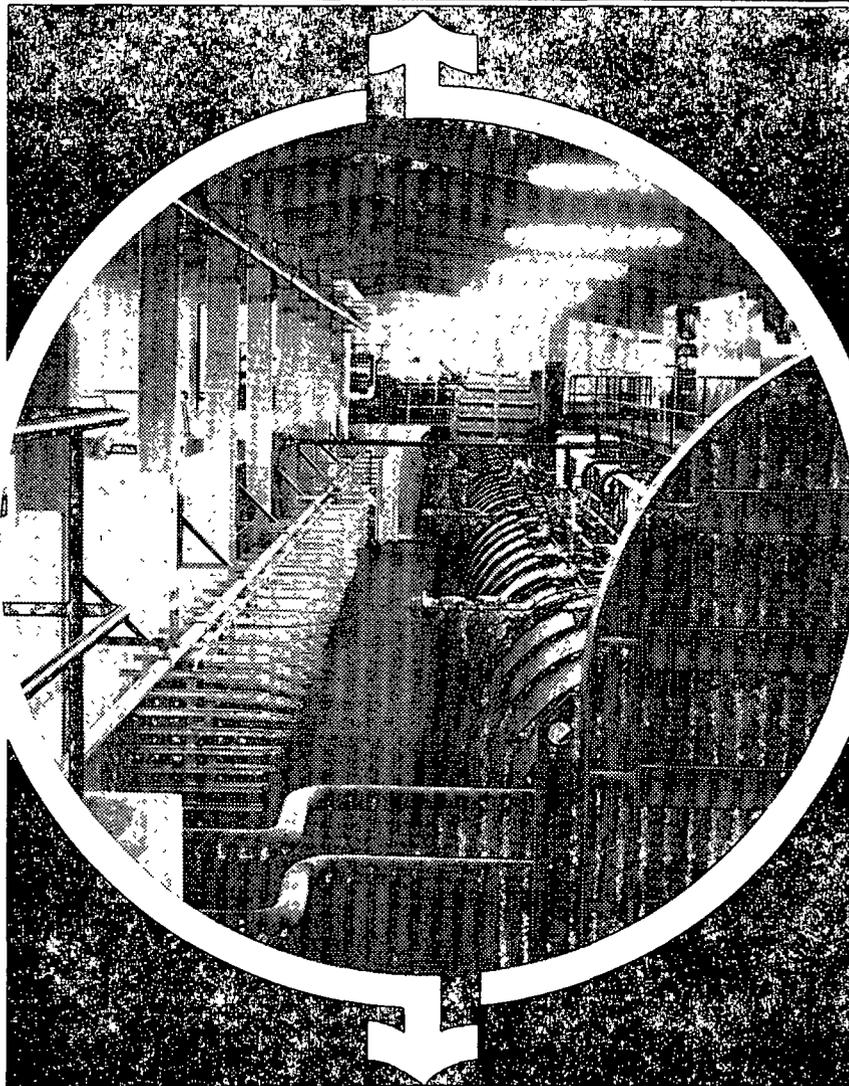
Brenner sagte: „Wir stehen doch immer vor der Notwendigkeit, der Öffentlichkeit zu beweisen, daß unsere Forderungen wirtschaftlich tragbar sind. Wir müssen also immer in wirtschaftlichen Größen argumentieren. Wir können nicht einfach sagen, der Metallarbeiter muß 600 Mark bekommen, sondern wir müssen auch zeigen, daß diese Steigerung wirtschaftlich vertretbar ist.“

Daraufhin bescheinigte ihm der SPIEGEL: „Das ist ein sehr konservativer Standpunkt für eine als radikal verlästerte Gewerkschaft: was wir nicht haarfein gesamtwirtschaftlich begründen können, dürfen wir nicht fordern. Radikale Gewerkschaftler würden sagen: unsere Leute müssen so viel verdienen, daß sie sich eine Familie leisten und darüber noch etwas sparen können; bei 550 Mark bleibt nie was übrig, wir brauchen mindestens 50 Mark mehr... und wenn die Gesamtwirtschaft das nicht hergibt, dann ist etwas faul mit der Gesamtwirtschaft.“

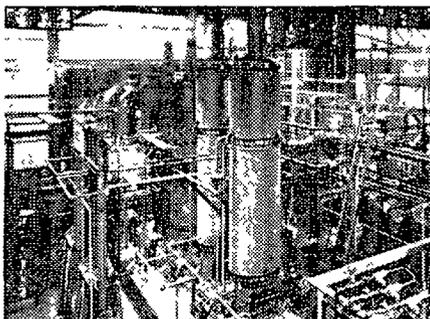
Daß es stinkt im Staate der Erhard'schen Machtwirtschaft, findet Brenner allerdings auch: „Die Bundesvereinigung der Arbeitgeber meint, daß der Kuchen immer nach dem gleichen Schema aufgeteilt werden kann: Soundso viel für die Gewinne, soundso viel für die Investitionen, und der Rest bleibt übrig für die Lohn- und Gehalts-summe. Diese ihre Meinung, daß sich diese klassische Dreiteilung genau nach Prozenten im Laufe der Jahrzehnte herausgebildet hat und nicht geändert werden kann, akzeptieren wir nicht.“

Dem Ideal der Mächtigen entspricht heute wie zur Gründerzeit, daß der Arbeiter und Angestellte mit 65 Jahren seinen Betrieb so besitzlos verläßt, wie er 50 Jahre zuvor als Lehrling in ihn eingetreten ist. Zwar soll er inzwischen Kinder und Enkel auf den Knien geschaukelt, vielleicht sogar (wenn er Kleinstädter ist) einen Garten gekauft und vorübergehend ein Auto gehabt haben; ja, die Herren würden sich freuen — denn dann wechselt er seltener den Boß —, wenn es dem Arbeiter „irgendwie“ geglückt wäre, ein Eigenheim zu bauen. Auch dürfte, aber diese Fälle kann man zählen, mit Hilfe des Staates mal einen Sohn studieren lassen — generell aber soll der alte Verbrauchte, wenn er fünfzig Jahre lang geholfen hat, den mittleren Betrieb zum Konzern aufzustoßen, nichts mitnehmen aus dieser Arbeitsstätte, die sein Leben war, als eine verhältnismäßig niederträgliche Rente. Nichts, das seiner Familie als Eigentum bleibt, von verschlissenen Konsumgütern abgesehen. Mit einem Satz: der Mann soll zeit seines Arbeiterlebens nichts ge-

# Lebensmittel-Konservierung...



**LEYBOLD**  
entwickelt,  
plant, baut  
auf allen Gebieten  
der Vakuum-Technik



Das Problem. Neue Wege zu finden für die schonende Trocknung von Milch, Kaffee, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch und Eiern. Die Lösung: Unter Vakuum gefriergetrocknete Lebensmittel. Vorteile: Sofortige Verwendungsmöglichkeit für den Verbraucher, unabhängig von Eissschrank und Kühltruhe. Keine Veränderung der Form, Farbe, Vitamine und Aromastoffe.

Unsere jahrzehntelangen Erfahrungen im Bau von Laboranlagen für die Konservierung von hochempfindlichen Produkten — wie Blutplasma und Frauenmilch — wiesen uns den richtigen Weg zur Herstellung von Gefrier-trocknungsanlagen für die Lebensmittelindustrie, der durch die Vakuumverfahrenstechnik neue Möglichkeiten zur Konservierung von Lebensmitteln gegeben wurden. Ein Beweis dafür sind mehrere im In- und Ausland erstellte Großanlagen mit Tagesleistungen bis zu 10 Tonnen. Die Entwicklung verlief hier so sturmisch, wie auf den vielen anderen Sektoren der Vakuumverfahrenstechnik, z. B. der Kurzwegdestillation.

Die nebenstehende Abbildung zeigt eine Vakuum-Kurzwegdestillationsanlage, die sich im industriellen Maßstab bewährt hat.

**LEYBOLD-HOCHVAKUUM-ANLAGEN G.M.B.H.**  
5 KÖLN-BAYENTAL · POSTFACH 195 · TELEFON 2 05 61

wesen sein als ein Mittel zum Zweck. Denn ein Mensch, der seine ganze Arbeitskraft dem Aufbau eines Vermögens gewidmet hat, von dem ihm selber kein Pfennig gehört, wurde ausschließlich als Mittel vernutzt. Was dem Arbeiter an Gehalt zugeflossen ist, war nicht genug, ihn an den Produktionsgütern zu beteiligen.

Nun sind einige große Betriebe in Deutschland aus sehr egoistischen Motiven dazu übergegangen, ihren Arbeitern das Recht auf Pension — also auf einen betrieblichen Zuschuß zur staatlichen Rente — zuzuerkennen, weil diese Pensionskasse der Firma enorme finanzielle Rücklagen gestattet, mit denen sie arbeiten und die sie von der Steuer absetzen kann. Dieser Staat aber erlaubt, daß mit solchen Pensionsversprechungen die freie Wahl des Arbeitsplatzes hinfällig wird: hat einer zwanzig Jahre in einer solchen Fabrik gedient und will oder muß die Stellung wechseln, so erlischt sein Anrecht auf diese Pension bis zum letzten Groschen — obwohl, wie bemerkt, der Arbeitgeber zwanzig Jahre lang steuerlich begünstigte Investitionen, die sein Vermögen vermehren, für die Pension auch dieses Gekündigten vornehmen konnte. Da nur die wirtschaftlich starken Betriebe diese Pensionen anbieten können, so werben sie damit auch noch den finanziell schwachen Firmen die Arbeiter ab — wieder nur eine Entwicklungsstufe auf der Treppe zur Bildung großer Konzerne, die die kleinen Firmen vernichten. Das Faustrecht, das der starke Boß gegenüber dem schwachen praktiziert, ist härter als jenes, das er in Zeiten der Vollbeschäftigung gegenüber den Arbeitern anwenden kann. Aber auch sie behält er durch das Pensionsversprechen wie Wachs in der Hand. Denn rechtlich bleibt diese Zusage unverbindlich, weil sich der Betrieb schlauerweise verbittet, daß der Arbeitnehmer zur Pensionskasse seinerseits, was er gern tun würde, einen finanziellen Zuschuß leistet. Diese Zugabe des Angestellten wird von der Firma nicht angenommen, damit sie jederzeit unter Hinweis auf eine (leicht herzustellende) Passivbilanz die Zahlung der in langen Jahren verdienten Pension verweigern kann.

Der parlamentarisch geförderte Zynismus dieses geschilderten Verfahrens beweist schon allein, daß nicht private Absprachen zwischen einzelnen Betrieben und ihren Angestellten einem Staat die eigene Initiative zur Lösung der sozialen Probleme abnehmen können. Natürlich gab es immer — denn Menschlichkeit ist an keine Klasse gebunden, ja der Reiche hat es leichter, human zu sein als der Arme —, es gab immer Arbeitgeber, die Mitglieder selbst einer christlichen Partei sein könnten, ohne für sich (oder für die Partei) schamrot zu werden. Genannt seien nur der schwäbische Papierfabrikant Gustav Werner, ein christlicher Kommunist im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts (über den Heuss gearbeitet hat), oder Ernst Abbe und, aus unseren Tagen, der Bauunternehmer Völker in Borken bei Kassel und der Fabrikant Gert Spindler in Hilden im Rheinland, die ihre Arbeiter zu Mitbesitzern ihrer Werke gemacht haben.

Spindler schrieb, daß sich „der Anspruch auf Beteiligung an den Produktionsmitteln bereits aus der Mitleistung der Mitarbeiter ergibt. Ein „Kauf“ von entsprechenden Anteilen ist

deshalb nicht mehr notwendig. Vielmehr ist ‚Arbeit‘, soweit sie durch den Menschen im Rahmen des Produktionsprozesses ausgeübt wird, als eine ‚Einlage‘ anzusehen, die der des Kapitals ebenbürtig ist und entsprechend honoriert werden muß. Das kann ausreichend nicht durch Löhne und Gehalt geschehen. Hinzu kommen muß die Beteiligung an dem Vermögen der Industrieunternehmen“.

Diese wegweisende Haltung zweier Gerechter im Sodom der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände darf nicht darüber hintäuschen, daß auf die Dauer allein der Staat der Mehrheit helfen kann, jenen Unzähligen, die nicht das Glück haben, für einen Chef wie Spindler oder Völker — und damit auch für sich selber! — arbeiten zu dürfen.

Mit dieser Feststellung ist gleichzeitig ausgesprochen, daß auch Otto Brenner

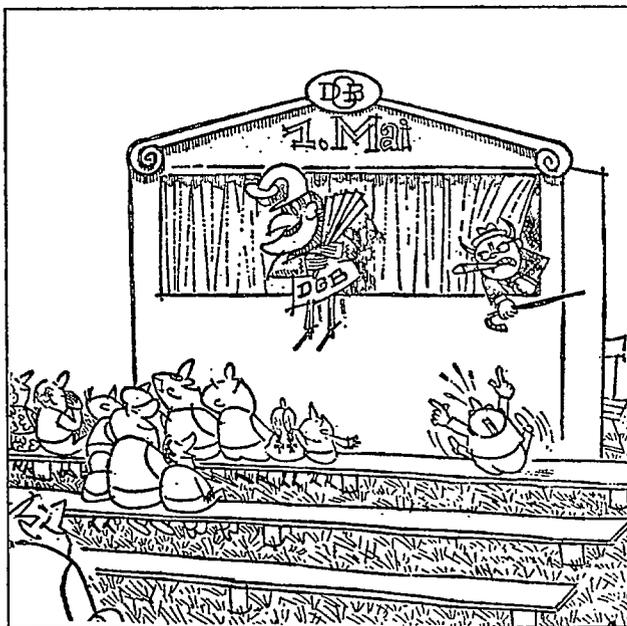
die Zukurzgekommenen und sozial Verunglückten in Deutschland überhaupt in Obhut zu geben, alle jene, für die kein Interessenvertreter von Rang sich zuständig fühlt, weil ihre Not aus „einzelnen Härtefällen“ erwuchs. Humanität ist aber immer nur dort, wo der Mensch noch oder wieder als Einzelter betrachtet wird, nicht als Angehöriger einer Gruppe. Zur Masse gehört man selber, oder die Masse gibt es nicht. Es gibt eine Masse Geld, aber keine Menschen-Masse und keine Massen-Menschen. Die „Masse“ arrogant von außen betrachten, wie auf Kulturkongressen, statt sich selbst als einzelner in ihr zu sehen wie die anderen einzelnen — denn auch die Konsumverkäuferin, die niemals ein Buch las, hat Gesicht und Persönlichkeit und vielleicht eher ein „Schicksal“ als solche, die ihr Leben auf Kongressen verdämmern —, diesem

Aspekt entspringt erst das moralische Niveau, das den Herren der Armeen und der Wirtschaft, Mördern und Mächtigen und ihren geistigen Zuhältern aus Universitäten und Feuilletons ihr „gedankliches Rüstzeug“ gab, und führt zu so durchschlagend inhumanen Erkenntnissen wie: „Bei vielen Menschen ist es schon eine Unverschämtheit, wenn sie ‚ich‘ sagen.“ Eine brillante Formulierung, die nicht von Heinrich Himmler stammt, der nur danach gehandelt hat, sondern von Adorno.

Dieser Staat zahlt Kriegsverbrechern und Justizmördern, die das Verstecken eines vom Gas bedrohten Judenkindes mit der Guillotine bestrafen, im Monat

vierzehnhundert Mark, ja mehr. Acht-, neunmal soviel wie er den Eltern oder der verwitweten Mutter zweier Söhne gibt, die gefallen sind — und die deshalb nicht mehr sorgen können für ihre Alten im Dreck. Aber diese Eltern sind eben nicht wie die Witwe Reinhard Heydrichs oder wie jene Staatsanwälte Lautz und Fränkel sogenannte „131“, sondern „Nichtorganisierte“. Nehmen wir an, sie „klebten“ nicht, weil sie — wie heute die gewissenlosen, persönlich bestens versorgten Schwätzer der FDP — Gegner des „Versorgungsstaates“ waren und auf ihre eigene Kraft bauten: vielleicht besaßen sie eine Bäckerei oder eine Drogerie oder eine Zementfabrik in Königsberg oder Aachen, die ihnen der Krieg zertrümmerte. Ihr Sparbuch annullierte der Volkskanzler: wertete es ab nach genau demselben Schema wie jenes, dessen Inhaber außer diesem Sparbuch zum Beispiel noch die Krupp-Werke besaß.

Solche Alten, die darauf vertraut hatten, daß ihre Geschäfte ihnen einmal gute Pacht bringen würden, vegetieren heute. Oder der ausgediente Angestellte, der samt seiner Frau 354 Mark Rente im Monat erhält, bei seinem Tod nimmt



„Industriekurier“-Karikatur: „Seid Ihr auch alle da?“

der Mehrheit unseres Volkes nur vergleichsweise geringfügig helfen kann, wenn er sich — wie er leider plant — darauf begrenzt, Interessenvertreter einer Gruppe zu bleiben, der Metallarbeiter. Weil wir nur einen Brenner haben, weil aber viele soziale Energie bedürfen, die nicht den Vorteil genießen, Mitglieder der IG Metall zu sein, so gehört Brenner als Sozialminister nach Bonn — und zwar unabhängig vom Ausgang der Wahl. Denn Brenner ist der SPD mindestens so unbequem wie der CDU, die ihn wenigstens noch als „rote Gefahr“ benutzen, nämlich verleumden kann.

Man muß Brenners sozialpolitische Konzeptionen durchaus nicht immer gut heißen. Zum Beispiel lehnte er die Volksaktie ab, überhaupt die Rückführung großer Betriebe, die dem Staat gehören, in private Hände; vermutlich durchschaute er sofort, daß es kaum je die Arbeiter sein könnten, denen ihre Lohntüte den Erwerb von „Volksaktien“ gestatte. Vielleicht überschätzt Brenner die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung. Entscheidend allein aber ist, den Pflug dieses Mannes auf einem größeren Acker zu nutzen — ihm die Armen,

man der Witwe noch die Hälfte — dies Unrecht nach einem Leben, welches er vielleicht als reicher Unternehmer begonnen hat. 1929/1932 ging sein Besitz in der Weltwirtschaftskrise verloren, aber der Mann erarbeitete sich wieder eine gute Position, zahlte immerhin noch von seinem 40. Jahr an, also noch volle 25 Jahre lang die Beiträge zur Angestelltenversicherung. Ergebnis: eine Rente, die ihn deklassiert und die seine Witwe einmal ins Proletariat stoßen wird. Während ein Beamter nach 25 Dienstjahren — was bekommt? Was er nach nur vier Jahren bereits erhalten soll, hat neulich das Düsseldorfer Kabinett sich errechnet: im Nordrhein-Westfälischen Landtag versuchen die Minister der FDP und CDU soeben, Frühjahr 65, ein Gesetz durchzupauken, das jedem Kabinettsmitglied, unabhängig von seinem Lebensalter, bereits nach vierjähriger Amtszeit die lebenslange Pension sichern soll. Das Gehalt eines Ministers beträgt in diesem Bundesland monatlich fünftausend Mark zuzüglich wenigstens vierhundert Mark für die Wohnung. Hat der Minister nur vier Jahre in dieser Stellung abgesehen, so sollen dem Diener des Volkes bereits ... etwa monatlich zweitausenddreihundert Mark als Pension zugesteckt werden. Das aber ist keine Pension, das ist Bestechung. Nur ein Heiliger im Kabinett brächte es angesichts einer solchen Verlockung über sich und seine Sippschaft, etwa nach drei Jahren aus sachlichen Gründen zurückzutreten.

Das Durchschnittsalter der Christen und Liberalen dieser wahrhaft gemeinnützigen Regierung ist heute fünfzig Jahre. Dem sozialdemokratischen Oppositionschef im Düsseldorfer Landtag ist es zwar geglückt, die Verabschiedung dieses Gesetzes bislang zu hintertreiben, zweifellos aber nur deshalb, weil die CDU und FDP im Wahljahr nicht Plenum und Presse hellhörig machen wollen.

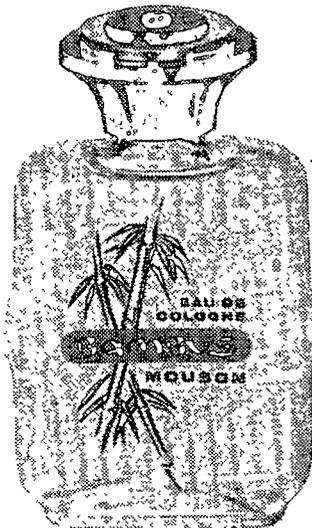
Wie sehr unsere Gesetze das Recht verhöhnen: diese krasse Unterscheidung zwischen Beamten und Angestellten empört besonders, wenn man an Kriegerwitwen und ihre Kinder denkt. Die Witwe eines aktiven Offiziers, zu dessen freiwillig eingegangenem Berufsrisiko der Soldatentod zählte, erhält eine angemessene Pension. Die Witwe eines Gefreiten oder Majors, der unter Zwang aus seinem Privatberuf hinweg in die Armee gezogen wurde und fiel, wird mit einer ganz gemeinen Rente weggeschickt, die man noch bis auf die unterste Grundrente kürzt, wenn die Frau für die Kinder und sich hinzuverdient. Wäre es der Bundeswehr ernst mit ihrem Propagandageschwätz vom „Staatsbürger in Uniform“, sie würde zuallererst wenigstens unter den Angehörigen der Gefallenen diese absolut unsittliche und verrückte Klassifizierung abschaffen. Nur die Nazis versorgten diese Hinterbliebenen anständig. Der Beamte, hört man, habe stets einen Teil seines Lohnes für die Pensionskasse abzweigen müssen. Der Angestellte nicht? Er wußte, wie schäbig seine Rente sein werde, zahlte deshalb private Lebensversicherungen. Herr Erhard wertete sie ab.

Denn nicht Adenauer, sondern Erhard ist haftbar für diese Dschungel-Gesetzgebung. Glaubhaft wird versichert, daß Adenauer von Wirtschaft so wenig versteht, daß er überrascht, ja betroffen war, als man ihm erzählte, Oetkers



BAMBUS

eine Création von  
MOUSON



Diese exquisite Duftschöpfung überwindet Grenzen, verbindet Menschen, die guten Geschmack und hervorragende Qualität zu würdigen wissen.

Lernen auch Sie Bambus kennen und schätzen — die moderne Duftnote, die so schnell beliebt wurde.

frisch - herb - sportlich - international

SEIFE · EAU DE COLOGNE · PARFUM · RASIERLOTION · RASIERCREME

MOUSON-Erzeugnisse erhalten Sie in den meisten Ländern der Welt - besonders auch in Österreich, Schweiz, Skandinavien und im EWG-Markt.

größte deutsche Handelsflotte sei ausschließlich dadurch finanziert worden, daß Bonn dem Pudding-Boß erlaubt hatte, seine Riesengewinne aus den Nahrungsmittelfabriken zehn Jahre und länger ohne Steuerabzug in die Werften zu stecken. Erfreulich, daß der Schiffsbau auf diese Weise angekurbelt wurde. Muß aber nun diese ganze Flotte, allein von Steuergeldern erbaut, einem Mann gehören? Hätte Herr Oetker die so oft beschworene Privatinitiative (auch Angestellte entwickeln Initiative) nicht aufgebracht, wenn ihm der Staat nur 49 oder 51 Prozent der mit Staatsgeldern gebauten Flotte geschenkt hätte? Wenn die Hälfte dieser Schiffe wie der Industrien, die auf diese Weise hochfinanziert wurden, nun einer Vermögensverwaltung gehörten, die zum Beispiel ihren Gewinn dazu verwendet hätte, unsere Wissenschaft und Schulen annähernd so zu unterstützen, wie das in der Sowjet-Union geschieht? Und wenn ein sehr geringer Prozentsatz dieser Gewinne jenen Alten zugeflossen wäre, die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen sind und deshalb nach der Währungsreform keine neuen Ersparnisse mehr haben bilden können? Leicht hätten sich so die abgewerteten Sparkonten dieser Deklassierten hundertprozentig wiederherstellen lassen. Aber Herr Erhard hat an die Armen nie gedacht.

Nicht nur an die Rentner nicht. Auch nicht an die Schüler. Der Regierende Bürgermeister von Berlin wies kürzlich darauf hin, daß im Staate Ulbrichts ein höherer Prozentsatz der Jugendlichen das Abitur machen kann als im Staate Erhards.

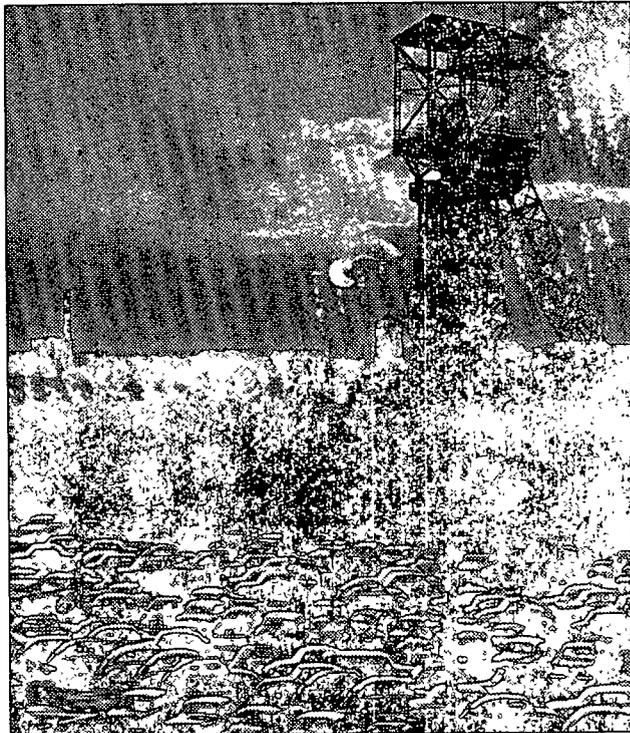
Daß in Europa nur noch Griechenland, Spanien und Portugal einen geringeren Prozentsatz ihres Sozialproduktes als Bonn an Bildung und Wissenschaft wenden. In Amerika gehen von einhundert Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren 66 auf eine höhere Schule oder sogenannte vollzeitliche Fachschule, in der Sowjet-Union 49, in Skandinavien und Westeuropa 36 bis 32. In unserer „klassenlosen“ Bundesrepublik 17.

Auch hält Westdeutschland den Rekord in der Müttersterblichkeit. Dr. med. Ebbing, Gesundheitsexperte im Statistischen Bundesamt zu Wiesbaden, hat bewiesen, daß nirgendwo unter der weißen Bevölkerung so viele Wöchnerinnen „auf dem Tisch des Hauses bleiben“, um Hofrat Behrens aus dem „Zauberberg“ zu zitieren, nirgendwo so viele wie in Westdeutschland.

Sogar unter den Negern Amerikas, die kaum verwöhnt werden, tritt der Tod nicht so oft an Wochenbetten wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dr. Ebbing urteilt: „Mindestens die Hälfte der mütterlichen Todesfälle wäre vermeidbar.“

Als in England die Labours 1945 die Regierung allein fortführten, richteten sie überall auf der Insel medizinische Beratungszentren für Mütter ein; die Sozialdemokraten in Bonn versuchten 1962 vergebens, ein ähnliches Mütter-schutzgesetz zu erwirken. Ihr Entwurf verschwand in der Bürokratie, vermutlich deshalb, weil die SPD darin für berufstätige Wöchnerinnen schon damals eine längere Arbeitsruhe forderte als die beiden Arbeitgeberparteien noch heute zugestehen wollen. Wer von den Herren hätte die Frau Gemahlin denn schon einmal auch nur in den ersten Monaten ihrer Schwangerschaft zu körperlicher Arbeit in seiner Fabrik herangezogen?

Solche unfeinen, persönlich gezielten Fragen an den Gegner gelten als



Westdeutscher Werks-Parkplatz: Frei durch Geld

Infam in einer Welt, wo man den Menschen vor lauter „Masse“ nicht mehr sieht — und am Schaltbrett der Administration sehr froh ist, den einzelnen nicht mehr wahrnehmen zu müssen. (Krupp beteuerte im Nürnberger Prozeß, von den Qualen seiner Zwangsarbeiter nie persönlich etwas gesehen zu haben.) Otto Brenner, der langjährige Metallarbeiter, findet aber hin und wieder doch noch den sehr direkten, den als obsolet verdammt Ton des persönlich beleidigten und erregten Klassenkämpfers, etwa wenn er in seinen Reden die Katastrophen am Arbeitsplatz dem Industriellen vor Augen führt: „Geht doch einmal hin, ihr Herren, die ihr so sprecht, und seht euch in den Betrieben um, beispielsweise in einer Gießerei! Diese Arbeit ist wahrhaftig kein Kinderspiel...“

Tatsächlich lebt der Drahtzieher am Hochofen noch immer gefährlicher als der in den Lobbies — um fast soviel als er weniger verdient. Brenner: „Während 1952 auf 1000 Beschäftigte 113,3 Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen kamen, waren es 1958 bereits 140,9. Das

bedeutet einen Anstieg um nahezu 25 Prozent.“

Das Furchtbarste, was Brenner jemals gesagt hat, richtete sich gegen unseren damaligen „Minister für Wirtschafts-optimismus“ — wie er den fränkischen Biedermann apostrophierte: Brenner sagt ihm öffentlich nach, Erhard habe Gelder seines Ministeriums — also Steuergelder, die bekanntlich von allen Schichten aufgebracht werden — dazu benutzt, eine diffamierende Inseratenkampagne gegen die sozialen Forderungen des gewerkschaftlichen Aktionsprogramms zu finanzieren. Offenbar hat er aber den Minister nicht angezeigt.

Ein Dichter verneinte, daß Geld ein Tragödienstoff sei — gewiß hat er recht. Aber das Spannungsfeld zwischen Armut und Reichtum unterwirft auch in unserer Welt — zu schweigen von der Erde überhaupt, auf der noch immer zwei von drei Menschen sich niemals satt essen können — viele einzelne der Zerreißprobe und ist durchaus noch das „Milieu“, wenn auch das wirtschaftlich aufgehellte, der meisten Alltags-tragödien.

Bezahlen auch die ausgebeuteten Bewohner der Arbeiterviertel, die niemals mitfahren dürfen, noch immer fast allein den stupiden Blumenkorso unserer motorisierten Gesellschaft: für Kurzsichtige und Wahlredner sind diese Mietkasernen schon nicht mehr vorhanden, schon so wenig mehr sichtbar, daß sie Westdeutschland bereits als klassenlos preisen. Erst Bergwerkskatastrophen müssen sie daran erinnern, erstens daß Vollbeschäftigung für den Proletarier nicht schon identisch ist mit Glück, man denke nur an die Fremdarbeiter, zweitens daß, wie eh und immer, die Schwerstarbeiter und Meistgefährdeten eine Klasse für sich sind, in die keiner auch nur für eine Stunde eintreten möchte, der sich turnusmäßig auf der Sitzung seines Arbeitgeber-Clubs in irgendeinem Vier-Jahreszeiten-Hotel über die „uferlosen“ Lohnforderungen des Personals empört. „Manche freilich müssen drunten sterben, wo die schweren Ruder der Schiffe streifen“ — hätte sich etwas geändert inzwischen, so nur, daß nicht einmal mehr „ein Schatten fällt von jenen Leben in die anderen Leben hinüber“, in unser Dasein „bei dem Steuer droben“.

Sonst hielte man nicht selbst angesichts des heutigen Reichtums Besitzverteilung noch für ein wirtschaftliches Problem. Sie ist ein moralisches! „Freiheit ist nur in dem Maße, wie jeder einzelne frei ist“, schrieb Jaspers — aber der nur Abhängige, der Besitzlose kann nicht frei sein. Am wenigsten frei in einer Gesellschaft, die aus ihrer Beharrung auf der Unantastbarkeit des persönlichen Eigentums ihre ganze politische Moral bezieht. Bejaht die kapitalistische Welt die Freiheit jedes einzelnen — und eine andere gibt es nicht —, so muß sie ihn teilhaben lassen an ihrem Kapital. Jede Alternative zu diesem Axiom ist Phrase und Betrug. Besitz ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Freiheit — das einzige Mittel, freier bis frei zu werden in einer Gesellschaft, die das Geld zum Maß aller Dinge machte und damit zu ihrem bedeutsamsten Politikum. Politik aber hatte immer nur eine Moral: die Verwirklichung der Freiheit für jeden. Wie unsere Welt eingerichtet ist, kann Freiheit für den einzelnen sich jetzt nur in Geld realisieren, nur im Eigentum.